

NIEDERSCHRIFT

über die 18. öffentliche Sitzung des Infrastrukturausschusses der Gemeinde Großenkneten am
Donnerstag, 08.07.2021 , im Gasthaus Kempermann, Hauptstraße 59, 26197 Großenkneten

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

An der Sitzung haben teilgenommen:

Stellv. Vorsitzende/r

Herr Torsten Deye

Mitglieder

Herr Heiner Bilger

Herr Carsten Grallert

Herr Timo Hibbeler

Herr Dierk Horstmann

Frau Marina Spataro

Stellv. Mitglied/er

Frau Dorothe Otte-Saalfeld

Herr Niklas Reineberg

Herr Samuel Stoll

in Vertretung des Ratsherrn Herbert Wilke

in Vertretung der Ratsfrau Heike Frommhold

Stellv. Bürgermeister; in Vertretung des Rats-
herrn Alexander Lohrey

hinzu gewählte Mitglieder

Herr Horst Hilsemer

Frau Marie-José Niehsen

Herr Timm-Dierk Reise

von der Verwaltung

Herr Klaus Bigalke

Herr Thorsten Schmidtke

Herr Erhard Schröder

Erster Gemeinderat

Bürgermeister

Bauamtsleiter, Protokollführung

Gäste

Herr Dipl.-Ing. Oliver Kilian

Ingenieurbüro Kilian, Oldenburg, zu TOP 8

Verhindert waren:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit des Infrastrukturausschusses und der Tagesordnung
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die 17. Sitzung des Infrastrukturausschusses am 04.03.2021
- 3 Gegebenenfalls Pflichtenbelehrung eines hinzu gewählten Mitgliedes des Ausschusses

Einwohnerfragestunde

- 4 Installation von Photovoltaikanlagen auf gemeindeeigenen Gebäuden - Antrag der SPD-Fraktion **BV/1132/2016-2021**
- 5 Elektromobilität - Antrag der SPD-Fraktion auf Errichtung eines Ladepunktes für Elektrofahrzeuge in Huntlosen **BV/1179/2016-2021**
- 6 Verkehrslage in der Ortsdurchfahrt Sage im Verlauf der Landesstraße 870 - Antrag der Fraktion Kommunale Alternative auf Beauftragung einer Untersuchung von Umgestaltungsmöglichkeiten **BV/1178/2016-2021**
- 7 Gestaltung des Verkehrsknotenpunktes in Ahlhorn, Wildeshauser Straße/Visbeker Straße/Am Gaswerk/Schulstraße - Antrag der Fraktion Kommunale Alternative auf öffentliche Vorstellung einer Planung **BV/1197/2016-2021**
- 8 Städtebauförderprogramm "Sozialer Zusammenhalt" - Neugestaltung eines Spielplatzes an der Katharinenstraße in Ahlhorn/Annahme der Planung **BV/1198/2016-2021**
- 9 Mitteilungen des Bürgermeisters
- 10 Anfragen und Anregungen
- 10.1 Neubaugebiete in Ahlhorn – Sichtbehinderung
- 10.2 Neuer Kreisverkehr in Huntlosen
- 10.3 Jakobskreuzkraut
- 10.4 Brückentor Döhlen
- 10.5 Flutlicht im Hans-Jürgen-Beil-Stadion

- 10.6** Treppenlift im Dorfgemeinschaftshaus Ahlhorn
- 10.7** Filteranlagen in Schulen
- 10.8** Öffnungszeiten im Rathaus
- 10.9** Gewerbliche Fläche an der Straße "Zum Westeresch" in Ahlhorn
- 10.10** Hecke an der G 213
- 10.11** Beete an den Straßen "Sandhörn", "Am Gaswerk" und "Wildeshauser Straße"
- 10.12** Oberflächenentwässerung Ecke "Sandhörn"/"Kirchstraße"
- 10.13** Fuß- und Radweg an der "Vechtaer Straße" in Ahlhorn

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit des Infrastrukturausschusses und der Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Deye eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit, die Beschlussfähigkeit des Infrastrukturausschusses und die Tagesordnung fest.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die 17. Sitzung des Infrastrukturausschusses am 04.03.2021

Die Niederschrift über die 17. Sitzung des Infrastrukturausschusses am 04.03.2021 wird mit 5 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen genehmigt.

zu 3 Gegebenenfalls Pflichtenbelehrung eines hinzu gewählten Mitgliedes des Ausschusses

Eine Pflichtenbelehrung ist nicht erforderlich.

Einwohnerfragestunde

Ausschussvorsitzender Deye unterbricht um 17:05 Uhr die Sitzung für eine Einwohnerfragestunde.

Da keine Fragen gestellt werden, wird die Sitzung sofort wieder eröffnet.

**zu 4 Installation von Photovoltaikanlagen auf gemeindeeigenen Gebäuden - Antrag der SPD-Fraktion
Vorlage: BV/1132/2016-2021**

**mehrheitlich beschlossen
Ja 7 Nein 1 Enthaltung 1**

Beschluss:

Die gemeindeeigenen Gebäude sind auf eine Geeignetheit für die Installierung von Photovoltaikanlagen extern fachlich zu überprüfen.

Des Weiteren soll bei allen zukünftigen Bauprojekten darauf geachtet werden, dass die statischen Voraussetzungen geschaffen werden, um auf den Gebäuden eine Photovoltaik- oder Solarthermianlage zu errichten.

Sach- und Rechtslage:

Die SPD-Fraktion beantragt mit Schreiben vom 25.02.2021, die gemeindeeigenen Gebäude auf ihre Eignung für die Installation von Photovoltaikanlagen zu überprüfen.

Der Antrag ist der Beschlussvorlage Nr. BV/1132/2016-2021 beigelegt.

Zur Begründung im Einzelnen wird auf den Antrag verwiesen.

Für den wirtschaftlichen Betrieb von Photovoltaikanlagen sind sowohl bauliche als auch nutzungsbedingte Voraussetzungen zu erfüllen. Bei künftigen Bauprojekten sollte grundsätzlich geprüft werden, ob die Bedingungen für die Installation einer Photovoltaikanlage erfüllt werden können.

Der Bürgermeister schlägt vor, die gemeindeeigenen Gebäude auf eine Geeignetheit für die Installierung von Photovoltaikanlagen extern fachlich überprüfen zu lassen.

Bei künftigen Bauprojekten ist grundsätzlich zu prüfen, ob die Bedingungen für die Installation einer Photovoltaikanlage erfüllt werden können.

Sitzungsbeiträge:

Bürgermeister Schmidtke führt in die Thematik ein.

Im Anschluss begründet Beigeordneter Bilger ausführlich den Antrag der SPD-Fraktion. Er macht darauf aufmerksam, dass der Antrag auch eine Überprüfung im Hinblick auf die Installation von Solarthermianlagen beinhaltet. Er weist darauf hin, dass auch die statischen Voraussetzungen gegeben sein müssen.

Ratsherr Grallert begrüßt den Antrag der SPD-Fraktion.

Niederschrift: Infrastrukturausschuss 08.07.2021

Ratsherr Horstmann weist darauf hin, dass bei Neubauten gegebenenfalls höhere Kosten durch eine aufwändigere Dachkonstruktion entstehen könnten.

Bürgermeister Schmidtke erklärt, dass eine Prüfung des Kosten-/Nutzenverhältnisses selbstverständlich zur Aufgabenstellung gehöre.

Auf die Nachfrage des Ratsherrn Horstmann nach den Kosten für die Prüfung aller Bestandsgebäude antwortet Erster Gemeinderat Bigalke, dass noch kein Angebot eines Fachingenieurbüros eingeholt worden sei.

Ratsherr Grallert fragt, ob gegebenenfalls auch Dächer für Bürger oder Bürgergenossenschaften zur Verfügung gestellt werden sollen.

Bürgermeister Schmidtke hält dies für denkbar.

Beigeordneter Bilger hält es für vertretbar, eventuelle Mehrkosten für aufwändigere Dachkonstruktionen bei Neubauten in Kauf zu nehmen.

Ratsherr Hibbeler fragt, ob in der Vergangenheit schon Dächer geprüft worden seien und ob diese nochmals überprüft werden sollen.

Bauamtsleiter Schröder erklärt, dass in der Vergangenheit bereits vereinzelt Dächer geprüft worden seien. Die Wirtschaftlichkeit von Photovoltaikanlagen war in der Vergangenheit sehr stark von der optimalen Ausrichtung sowie der optimalen Dachneigung abhängig. Dies habe sich geändert. Von daher mache es durchaus Sinn, in Einzelfällen auch bereits einmal geprüfte Dächer wieder in Augenschein zu nehmen.

Beigeordneter Bilger spricht sich nochmals dafür aus, bei Neubauprojekten die statischen Voraussetzungen zu schaffen. Er beantragt, Satz 2 der Beschlussempfehlung durch Satz 3 des Antrages der SPD-Fraktion zu ersetzen.

Ratsherr Grallert entgegnet, dass jedes einzelne Bauvorhaben im Hinblick auf das Kosten-/Nutzenverhältnis abgewägt werden solle.

Hinzugewähltes Mitglied Niehsen schließt sich der Auffassung des Ratsherrn Grallert an.

Stellv. Bürgermeister Stoll ist der Auffassung, dass bei Neubauten grundsätzlich die Voraussetzungen für die Installation von Photovoltaik oder Solarthermie geschaffen werden sollen.

Vorsitzender Deye lässt über die Beschlussempfehlung mit dem Änderungsantrag abstimmen.

**zu 5 Elektromobilität - Antrag der SPD-Fraktion auf Errichtung eines Ladepunktes für Elektrofahrzeuge in Huntlosen
Vorlage: BV/1179/2016-2021**

**einstimmig beschlossen
Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0**

Beschluss:

Zur Verbesserung der Ladeinfrastruktur vor Ort für die Elektromobilität wird in Huntlosen im Bereich der Park- & Ride-Anlage am Bahnhof ein Ladepunkt im Rahmen der Förderrichtlinie des Bundesministeriums für Verkehr und Digitale Infrastruktur errichtet.

Sach- und Rechtslage:

Die SPD-Fraktion beantragt mit Schreiben vom 25.04.2021 im Rahmen des Bundesförderprogramms „Ladeinfrastruktur vor Ort“ im Ortsteil Huntlosen, eine öffentliche Ladeeinrichtung für Elektrofahrzeuge zu errichten. Der Ladepunkt solle möglichst im Bereich des Parkplatzes des Einkaufsmarktes an der Bahnhofstraße eingerichtet werden.

Der Antrag ist der Beschlussvorlage Nr. BV/1179/2016-2021 beigelegt.

Zur Begründung im Einzelnen wird auf den Antrag verwiesen.

Nach dem Masterplan Ladeinfrastruktur des Bundesministeriums für Verkehr und Digitale Infrastruktur sollen bis Ende 2021 zusätzliche 50.000 öffentliche Ladepunkte aufgebaut werden. Insbesondere in der Fläche bedarf es einer noch besseren Verfügbarkeit an Ladeinfrastruktur. Im Ortsteil Huntlosen fehlt es an einem öffentlichen Ladepunkt.

Mit der Förderrichtlinie über den Einsatz von Bundesmitteln im Rahmen des Programms „Ladeinfrastruktur vor Ort“ soll eine bedarfsgerechte und nutzerfreundliche Versorgung von Elektrofahrzeugen (PKW) durch Ladeinfrastruktur auf öffentlich zugänglichen Plätzen initiiert werden. Im Rahmen der Förderung ist verpflichtend Strom aus erneuerbaren Energien zu verwenden. Die maximale Förderung pro Ladepunkt beträgt 80 % der Ausgabe, höchstens 4.000,00 €.

Die Infrastruktur soll insbesondere an attraktiven Zielorten des Alltags wie z. B. Einzelhandel geschaffen werden.

Mit dem Eigentümer des Einkaufsmarktes in Huntlosen, Bahnhofstraße, wurde über die Errichtung eines Ladepunktes im Bereich des Parkplatzes verhandelt. Der Eigentümer hat darauf hingewiesen, dass der Betreiber des Marktes beabsichtigt, selbst einen Ladepunkt im Bereich des Marktes bis voraussichtlich Anfang des nächsten Jahres einzurichten. Eine Ladeinfrastruktur wäre damit an dem Standort geschaffen.

Niederschrift: Infrastrukturausschuss 08.07.2021

Unabhängig davon sollte das Förderprogramm für die Errichtung eines weiteren Ladepunktes genutzt werden. Als Ort des Alltags kommt die Park- & Ride-Anlage am Bahnhof in Huntlosen in Betracht.

Der Bürgermeister schlägt vor, dem Antrag der SPD-Fraktion zu folgen und einen Ladepunkt für Elektrofahrzeuge im Bereich der Park- & Ride-Anlage des Bahnhofs in Huntlosen im Rahmen der Förderrichtlinie zu errichten.

Sitzungsbeiträge:

Bürgermeister Schmidtke trägt zur Beschlussvorlage vor.

Im Anschluss begründet Ratsherr Reineberg den Antrag der SPD-Fraktion.

Ratsherr Grallert signalisiert die Zustimmung zur Beschlussempfehlung.

Auf Nachfrage des Ratsherrn Grallert erklärt Bürgermeister Schmidtke, dass die Gemeinde den Ladepunkt im Rahmen einer Förderung errichtet. Betreiber des Ladepunktes sei in der Regel ein Energieversorger.

Ratsherr Grallert kritisiert, dass zum Beispiel der Ladepunkt in Ahlhorn nicht in den einschlägigen Apps zu finden sei.

Ratsherr Grallert fragt, ob der Ladepunkt im Carport des Rathauses auch für die Öffentlichkeit zur Verfügung stehe.

Bürgermeister Schmidtke antwortet, dass es sich hierbei um eine „Wallbox“ handle, die ausschließlich für den Dienstwagen des Rathauses installiert wurde.

Ratsherr Hibbeler signalisiert die Zustimmung zur Beschlussempfehlung. Er regt an, den Aufstellort so zu wählen, dass die Anlage gegebenenfalls noch erweiterbar sei.

Ratsherr Horstmann signalisiert ebenfalls die Zustimmung zur Beschlussempfehlung mit der Einschränkung, dass keine Folgekosten für die Gemeinde entstehen sollten.

Ratsherr Grallert fragt, ob auch „Schnellladesäulen“ gefördert würden.

Erster Gemeinderat Bigalke antwortet, dass auch Schnellladesäulen gefördert werden.

Hinzugewähltes Mitglied Reise wünscht, dass die Ladesäule zwei Anschlusspunkte haben solle.

**zu 6 Verkehrslage in der Ortsdurchfahrt Sage im Verlauf der Landesstraße 870 -
Antrag der Fraktion Kommunale Alternative auf Beauftragung einer Unter-
suchung von Umgestaltungsmöglichkeiten
Vorlage: BV/1178/2016-2021**

**mehrheitlich beschlossen
Ja 7 Nein 1 Enthaltung 1**

Beschluss:

**Dem Antrag der Fraktion Kommunale Alternative auf Beauftragung einer Untersu-
chung von Umgestaltungsmöglichkeiten der Ortsdurchfahrt Sage wird nicht nachge-
kommen.**

**Der Bürgermeister wird beauftragt, auf eine 30 km/h Geschwindigkeitsbeschränkung
für die Landesstraße 870 im Bereich des nördlichen Ortseingangs bis zur Ampelanla-
ge/Einmündung der Landes-straße 871 (Kindergarten und Grundschule) mit allem
Nachdruck hinzuwirken, sobald die gesetzlichen Bestimmungen dies zulassen.**

Über das Ergebnis ist unverzüglich zu berichten.

Sach- und Rechtslage:

Die Fraktion Kommunale Alternative beantragt mit Schreiben vom 29.04.2021, zu Lasten der Gemeinde ein Planungsbüro mit der Zielsetzung zu beauftragen, Möglichkeiten zur Umgestaltung der Ortsdurchfahrt Sage im Verlaufe der Landesstraße 870 und 871 unter Berücksichtigung der Vorschläge der Sager Bürgerinitiative sowie geplanter Maßnahmen im Rahmen des abgeschlossenen Förderprogramms Dorferwicklung untersuchen zu lassen. Über die Umsetzung von Maßnahmen soll nach der Untersuchung entschieden werden. Gegebenenfalls benötigte Haushaltsmittel sollen überplanmäßig bzw. mit dem I. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021 bereitgestellt werden.

Der Antrag ist der Beschlussvorlage Nr. BV/1178/2016-2021 beigelegt.

Zur Begründung im Einzelnen wird auf den Antrag verwiesen.

Bereits auf Antrag der Fraktion Kommunale Alternative vom 26.10.2020 wurde die Nieders. Landesbehörde für Straßenbau gebeten, darzulegen, welche Fahrbahnbreiten und Ausmaße von Abbiegespur sowie Sperrflächen der L 870 im innerörtlichen Bereich des Ortes Sage unter Berücksichtigung der heutigen Einstufung als Landesstraße und der aktuellen Verkehrsverhältnisse ausreichen würde. Eine qualifizierte Verkehrsuntersuchung wurde angeregt.

Der Infrastrukturausschuss hat in seiner Sitzung am 09.11.2020 über den Antrag beraten und der Verwaltungsausschuss in seiner Sitzung am 19.11.2020 beraten und beschlossen, den Antrag befürwortend an die zuständige Landesbehörde weiterzuleiten.

Niederschrift: Infrastrukturausschuss 08.07.2021

Der Bürgermeister hat gemäß dem Beschluss den Antrag sowie die Unterschriften der Sager Bürgerinitiative der Nieders. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Oldenburg, mit der Bitte um wohlwollende Prüfung vorgelegt.

Die Landesbehörde hat mit Schreiben vom 18.12.2020 darauf geantwortet. Sie weist darauf hin, dass es sich um eine einseitige Veranlassung der Gemeinde Großenkneten handle und damit eine Beauftragung und die Kostentragung für die Erstellung eines Verkehrsgutachtens bei dieser liege. Vorschläge eines Verkehrsgutachtens könnten in Abstimmung übernommen werden. Für eine Verwirklichung müsse eine regelgerechte Planung in Abstimmung erfolgen. Auch für die Durchführung der Planung sowie die Übernahme der Baukosten sei die Gemeinde grundsätzlich verantwortlich.

Die Landesbehörde weist auch darauf hin, dass der Streckenabschnitt auf der L 870 „Sager Straße“ hinsichtlich der Abwicklung des Verkehrsablaufes ausreiche und für eine planerische Anpassung ein Handlungsbedarf nicht gesehen werde.

Der Bürgermeister hat daraufhin eine Verkehrszählung durchgeführt. Des Weiteren wurde die Polizeibehörde zu dem Unfallgeschehen um eine Stellungnahme gebeten.

Über diesen Sachstand wurde in der Infrastrukturausschuss-Sitzung am 04.03.2021 berichtet.

Inzwischen liegt die Stellungnahme der Polizeiinspektion Delmenhorst/Oldenburg-Land/Wesermarsch vor. Es wurde das Unfallgeschehen in der Ortsdurchfahrt Sage (Sager Straße) und die Einmündungsbereiche „Garreler Straße“ sowie „Dorfkamp“ in die „Sager Straße“ ausgewertet. Die Auswertung zeigt, dass es sich in allen Bereichen nicht um eine Unfallhäufungsstelle/Unfallhäufungslinie handelt. Eine Unfallhäufungsstelle liegt dann vor, wenn sich in einem 3-Jahres-Zeitraum (innerhalb geschlossener Ortschaft) 5 Verkehrsunfälle mit Personenschaden oder im 1-Jahres-Zeitraum 5 Verkehrsunfälle des gleichen Typs ereignet hätten. Demnach besteht aus polizeilicher Sicht kein Handlungsbedarf.

Ebenso liegt die Auswertung des Verkehrsaufkommens mit folgendem Ergebnis vor:

1. Messpunkt Autohaus Strümpfer, Sager Straße, beide Fahrtrichtungen
Messungen vom 01.04. – 15.04.2021: 38.415 Fahrzeuge (durchschnittlich 2.561 Fahrzeuge täglich)
2. Messpunkt für Grundstück, Sager Straße 33, beide Fahrtrichtungen
Messungen vom 04.03. – 17.03.2021: 33.801 Fahrzeuge (durchschnittlich 2.414 Fahrzeuge täglich)
3. Messpunkt Dorfkamp (Feuerwehrhaus), beide Fahrtrichtungen
Messungen vom 18.02. – 04.03.2021: 46.867 Fahrzeuge (durchschnittlich 3.126 Fahrzeuge täglich)
4. Messpunkt Garreler Straße (Ortseingang bzw. Ortsausgang), beide Fahrtrichtungen
Messungen vom 17.03. – 01.04.2021: 67.601 Fahrzeuge (durchschnittlich 4.225 Fahrzeuge täglich)

Vergleichsweise wird auf das Fahrzeugaufkommen in der Ortsdurchfahrt Ahlhorn mit 10.430 Fahrzeugen (9.760 PKW, 670 LKW) hingewiesen.

Es handelt sich hier für eine Landesstraße um kein hohes Verkehrsaufkommen.

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass die Straßen in der Straßenbaulast und damit in der Zuständigkeit des Landes liegen.

Nach alledem wird die Aussage der Landesstraßenbaubehörde über eine ausreichende Abwicklung des Verkehrsablaufes bestätigt.

Die Verwaltung schließt sich der Einschätzung an und sieht daher ebenso keinen Handlungsbedarf. Es ist demnach auch nicht zu rechtfertigen, erhebliche Haushaltsmittel für eine Straßenbaumaßnahme, die nicht in der Zuständigkeit der Gemeinde liegt, aufzuwenden.

Ergänzend wird darauf aufmerksam gemacht, dass der Bundestag ein Leitbild für die Verkehrssicherheit verabschiedet hat. Danach sollen die kommunalen Handlungsspielräume für Geschwindigkeitsbeschränkungen erhöht werden.

Den Kommunen soll es durch eine Veränderung der gesetzlichen Vorgaben erleichtert werden, innerorts die Geschwindigkeitsbegrenzung von Tempo 30 km/h für einzelne Straßen unabhängig von besonderen Gefahrensituationen anzuordnen, ohne dass es dabei zu flächendeckenden Tempo-30-km/h-Gebieten kommt.

Der Bürgermeister schlägt vor, dem Antrag der Fraktion Kommunale Alternative auf Beauftragung einer Untersuchung von Umgestaltungsmöglichkeiten im Bereich der Ortsdurchfahrt Sage im Verlauf der L 870 nicht nachzukommen, da ein Handlungsbedarf nicht zu erkennen ist.

Sitzungsbeiträge:

Bürgermeister Schmidtke führt in die Thematik ein. Er weist darauf hin, dass Anträge zu der Beschlussempfehlung von den Fraktionen CDU, SPD, FDP und AfD eingegangen seien, die den Mitgliedern vorlägen.

Im Anschluss begründet Ratsherr Grallert ausführlich den Antrag der Kommunalen Alternative. Er kritisiert, dass im Rahmen der Dorferneuerung keine Baumaßnahmen im Bereich der Ortsdurchfahrt durchgeführt worden seien.

Ratsfrau Otte-Saalfeld spricht sich dafür aus, zunächst eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h einzufordern.

Beigeordneter Bilger weist darauf hin, dass in der Vergangenheit durchaus schon einmal thematisiert worden sei, die vorhandene Fußgängerampel abzubauen. Des Weiteren macht er darauf aufmerksam, dass nicht die Gemeinde Großenkneten, sondern das Land Niedersachsen Straßenbaulastträger sei. Die Gemeinde könne allein schon im Hinblick auf den finanziellen Aspekt nicht Baumaßnahmen finanzieren, für die andere Baulastträger zuständig seien. Am Beispiel der Einmündung der Straße „Dorfkamp“ in die „Sager Straße“ macht er darauf aufmerksam, dass bestimmte Baumaßnahmen sich auch aufgrund der Eigentumsverhältnisse von Grundstücken nicht umsetzen ließen.

Niederschrift: Infrastrukturausschuss 08.07.2021

Ratsherr Hibbeler hält eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h im angesprochenen Bereich für erstrebenswert.

Hinzugewähltes Mitglied Hilsemer hält die Ortsdurchfahrt Sage grundsätzlich nicht für verkehrsunsicher. Er spricht sich ebenfalls für die Geschwindigkeitsbegrenzung aus.

Ratsherr Horstmann schließt sich seinem Vorredner an. Es sei aber sinnvoll, die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h im Sinne des Antrages der AfD zeitlich zu begrenzen.

Beigeordneter Bilger macht darauf aufmerksam, dass man nicht die gesamte Ortsdurchfahrt auf 30 km/h begrenzen könne. Eine zeitliche Einschränkung im Sinne des Antrages der AfD hält er nicht für sinnvoll, da die Verkehre darüber hinaus vorhanden seien.

Ratsherr Grallert wirbt noch einmal eindringlich und ausführlich für den Antrag der Kommunalen Alternative, welcher auch bauliche Maßnahmen beinhalte. Er spricht hierbei einen sogenannten „Geschwindigkeitstrichter“ an. Dies bedeute, dass die Geschwindigkeit zum Beispiel in Stufen von 70/50/30 reduziert werde.

Er regt an, einen entsprechenden Antrag an den Landkreis zu richten. Gegebenenfalls sei es unter anderem aufgrund eines Personalwechsels beim Landkreis eher möglich, etwas zu erreichen.

Erster Gemeinderat Bigalke entgegnet, dass ein erneuter Antrag auf Anordnung einer 30 km/h Geschwindigkeitsbeschränkung vom Landkreis Oldenburg abgelehnt worden sei.

Bürgermeister Schmidtke plädiert dafür, den gemeinsamen Antrag von CDU und SPD zunächst umzusetzen und auch darauf hinzuwirken, dass mehr Geschwindigkeitsmessungen erfolgen.

Beigeordneter Bilger merkt an, dass von der angesprochenen Problematik auch andere Ortseinfahrten betroffen seien.

Ratsherr Horstmann spricht sich dafür aus, ein Hinweisschild auf die Schule aufzustellen.

Erster Gemeinderat Bigalke erklärt, dass auch hierfür der Landkreis als Straßenverkehrsbehörde zuständig sei.

Sodann lässt Vorsitzender Deye über die einzelnen Anträge und die jeweiligen Beschlussempfehlungen der Verwaltung abstimmen.

Antrag CDU und SPD:	7 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung
Antrag der FDP:	9 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen
Antrag der AfD:	8 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen

**zu 7 Gestaltung des Verkehrsknotenpunktes in Ahlhorn, Wildeshauser Straße/Visbeker Straße/Am Gaswerk/Schulstraße - Antrag der Fraktion Kommunale Alternative auf öffentliche Vorstellung einer Planung
Vorlage: BV/1197/2016-2021**

**mehrheitlich beschlossen
Ja 8 Nein 1 Enthaltung 0**

Beschluss:

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:

Die Fraktion Kommunale Alternative beantragt mit Schreiben vom 27.05.2021, den aktuellen Stand der Planung eines Kreisverkehrsplatzes in Ahlhorn, Wildeshauser Straße/Visbeker Straße/Am Gaswerk/Schulstraße öffentlich vorzustellen.

Der Antrag ist der Beschlussvorlage Nr. BV/1197/2016-2021 beigelegt.

Zur Begründung im Einzelnen wird auf den Antrag verwiesen.

Die integrierte Rahmenplanung zum Städtebauförderprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ sieht die Umgestaltung des östlichen Ortseingangs in der Ortsdurchfahrt Ahlhorn vor.

Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit in Form des Postenlaufs wurden verschiedene Ideen zur Gestaltung des Verkehrsknotenpunktes erörtert.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass eine politische Entscheidung über die Gestaltung des Verkehrsknotenpunktes noch nicht vorliegt.

Des Weiteren wurde eine Planunterlage noch nicht erarbeitet, die den Gremien vorgestellt werden kann. Bisher liegt lediglich eine Ideenskizze für die Einrichtung eines Kreisverkehrsplatzes vor.

Aufgrund der Betroffenheit durch eine Landesstraße ist zur Vorbereitung eines Gremienbeschlusses ein erstes Abstimmungsgespräch mit der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr geführt worden.

Ein abschließendes Ergebnis liegt noch nicht vor. Die Landesstraßenbaubehörde hat bereits angedeutet, dass sie die Einrichtung eines Kreisverkehrsplatzes für nicht erforderlich halte.

Außerdem ist die Polizeibehörde zur Vorbereitung einer Entscheidung noch zu beteiligen.

Nach allem ist es zurzeit nicht angebracht, eine Entwurfsplanung zur Gestaltung des in Rede stehenden Verkehrsknotenpunktes öffentlich vorzustellen.

Niederschrift: Infrastrukturausschuss 08.07.2021

Der Bürgermeister schlägt vor, den Sachstandsbericht zur Kenntnis zu nehmen.

Sitzungsbeiträge:

Bürgermeister Schmidtke erläutert seine Beschlussempfehlung. Dabei geht er auch auf die durchgeführte Befragung im Rahmen des Postenlaufs ein.

Im Anschluss begründet und erläutert Ratsherr Grallert ausführlich den Antrag der Kommunalen Alternative.

Bürgermeister Schmidtke erklärt, dass das Verfahren noch nicht soweit fortgeschritten sei, um hierüber öffentlich zu beraten. Auch hier seien weitere Akteure mit im Boot. Unter anderem sei die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr einzubinden, was in einem ersten Gespräch auch schon geschehen sei.

Stellv. Bürgermeister Stoll hält den Antrag der Kommunalen Alternative für verfrüht. Er kritisiert die Vorgehensweise. Den Sachstand hätte man auch durch Kontaktaufnahme mit der Verwaltung erfahren können.

Ratsherr Grallert entgegnet, dass es ihm gerade um eine öffentliche Diskussion der Maßnahme gehe.

Beigeordneter Bilger macht darauf aufmerksam, dass der Rahmenplan zum Städtebauförderprogramm gerade erst in der letzten Ratssitzung beschlossen worden sei. Gerade an dieser Maßnahme seien viele Akteure beteiligt.

**zu 8 Städtebauförderprogramm "Sozialer Zusammenhalt" - Neugestaltung eines Spielplatzes an der Katharinenstraße in Ahlhorn/Annahme der Planung
Vorlage: BV/1198/2016-2021**

einstimmig beschlossen

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

Beschluss:

Die vom Ingenieurbüro Kilian, Oldenburg, vorgestellte Planung mit der Variante 2 zur Neugestaltung eines Spielplatzes an der „Katharinenstraße“ in Ahlhorn im Rahmen des Städtebauförderprogramms „Sozialer Zusammenhalt“ wird angenommen.

Eine öffentliche Ausschreibung ist vorzubereiten.

Sach- und Rechtslage:

Die integrierte Rahmenplanung zum Städtebauförderprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ sieht die Sanierung, Aufwertung und Weiterentwicklung des Spielplatzes in Ahlhorn, Katharinenstraße, vor.

Das Quartiersmanagement hat zunächst eine umfängliche Beteiligung der Öffentlichkeit und insbesondere der Kinder und Jugendlichen durchgeführt. Im Rahmen der Beteiligung wurden zahlreiche Wünsche und Ideen vorgetragen. Es hat sich schwerpunktmäßig gezeigt, dass ein multifunktionaler Platz entstehen sollte der auch Aufenthaltsqualität für die ältere Generation bietet. Das Ergebnis liegt der Planung zu Grunde.

Gemäß dem Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 25.03.2021 wurde das Ingenieurbüro für Freiraumplanung Kilian, Oldenburg, beauftragt, einen Planentwurf aufzustellen.

Das Planungsbüro hat eine Planung mit 2 Varianten erarbeitet.

Die Pläne sind der Beschlussvorlage Nr. BV/1198/2016-2021 beigelegt.

Die Kosten für die Variante 1 wurden mit 206.654,21 € geschätzt. Die Variante 2 ist mit 169.341,76 € (brutto) geschätzt. Es sind Nebenkosten in Höhe von rund 30.000,00 € hinzuzurechnen.

Die Variante 1 sieht einen Pavillon vor. Von der Errichtung eines Pavillons sollte wegen der Erfahrungen abgesehen werden.

Der Sanierungsbeirat wurde beteiligt und hat sich für die Variante 2 ausgesprochen.

Herr Dipl.-Ing. Oliver Kilian wird die Planung in der Sitzung des Infrastrukturausschusses vorstellen und erläutern. Sowohl die Bauleistungen als auch die Planungsleistungen sind mit rund 66 % förderfähig.

Niederschrift: Infrastrukturausschuss 08.07.2021

Der Bürgermeister empfiehlt, folgenden Beschluss zu fassen:

Die vom Ingenieurbüro Kilian, Oldenburg, vorgestellte Planung mit der Variante 2 zur Erneuerung eines Spielplatzes an der „Katharinenstraße“ in Ahlhorn im Rahmen des Städtebauförderprogramms „Sozialer Zusammenhalt“ wird angenommen.

Eine öffentliche Ausschreibung ist vorzubereiten.

Sitzungsbeiträge:

Bürgermeister Schmidtke erläutert, dass im Vorfeld der Planung die Kinder und Jugendlichen über das Quartiersmanagement eingebunden worden seien. Die Planung beruhe auf den vorgebrachten Anregungen und Wünschen.

Im Anschluss stellt Dipl.-Ing. Kilian die Planung im Einzelnen vor. Er geht dabei auf die Varianten 1 und 2 detailliert ein und stellt die Unterschiede heraus.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden Deye bestätigt Dipl.-Ing. Kilian, dass die Planung auf der Grundlage der Befragung der Kinder und Jugendlichen beruhe.

Stellv. Bürgermeister Stoll lässt sich die geplanten Zuwegungen erläutern.

Vorsitzender Deye spricht die nördliche Bepflanzung an.

Dipl.-Ing. Kilian erklärt, dass es sich hierbei um vorhandene Bäume und Sträucher auf einem privaten Grundstück handele.

Beigeordneter Bilger möchte wissen, ob die Pflanzen- und Baumarten schon feststehen.

Die Frage wird von Dipl.-Ing. Kilian verneint.

Im Hinblick auf die Materialien für die Spielgeräte erklärt Dipl.-Ing. Kilian, dass hier überwiegend Holz zum Einsatz kommen solle. Robinie habe sich bewährt.

Hinzugewähltes Mitglied Reise möchte wissen, wie viele Kinder gleichzeitig den Platz benutzen können.

Dipl.-Ing. Kilian antwortet, dass dies nicht genau gesagt werden könne.

Auf Nachfrage des hinzugewählten Mitglieds Niehsen erklärt Dipl.-Ing. Kilian, dass eine planerische Mischung aus beiden vorgestellten Varianten nicht möglich sei.

Stellv. Bürgermeister Stoll macht darauf aufmerksam, dass mit Vandalismus gerechnet werden müsse. Er plädiert dafür, den Platz möglichst vandalismussicher zu gestalten.

Dipl.-Ing. Kilian erläutert, dass die Spielgerätehersteller sich auf das Thema Vandalismus eingestellt haben. Grundsätzlich könne man aber jedes Gerät zerstören, wenn man es denn wolle.

Niederschrift: Infrastrukturausschuss 08.07.2021

Hinzugewähltes Mitglied Hilsemer erkundigt sich nach der Gestaltung des Untergrunds.

Dipl.-Ing. Kilian erläutert, dass hier Fallschutzsand zum Einsatz komme.

Hinzugewähltes Mitglied Niehsen spricht sich dafür aus, dass der Platz von Norden möglichst einsehbar sein solle.

Dipl.-Ing. Kilian antwortet, dass es sich hierbei um ein privates Grundstück handele.

Ratsherr Grallert fragt, ob beide Varianten im Sanierungsbeirat vorgestellt wurden.

Bürgermeister Schmidtke bejaht die Frage.

Stellv. Bürgermeister Stoll spricht eine Kameraüberwachung an.

Bürgermeister Schmidtke entgegnet, dass man hierauf zunächst verzichten solle. Hier sei auch das Quartiersmanagement gefordert. Eine Nachrüstung sei immer noch möglich.

Auch Beigeordneter Bilger spricht sich dafür aus, zunächst keine Kamera zu installieren.

Ratsherr Grallert hält das Ganze für ein gutes Projekt.

Dem schließt sich stellv. Bürgermeister Stoll an.

Auch Ratsfrau Otte-Saalfeld lobt das Projekt.

zu 9 Mitteilungen des Bürgermeisters

Mitteilungen des Bürgermeisters liegen nicht vor.

zu 10 Anfragen und Anregungen

zu 10.1 Neubaugebiete in Ahlhorn – Sichtbehinderung

Stellv. Bürgermeister Stoll:

Im Randbereich des Neubaugebietes „Zum Findling“ ist der Bewuchs so hoch, dass die Sicht behindert wird. Kann der Bauhof hier tätig werden?

Bürgermeister Schmidtke:

Sofern es sich um öffentliche Flächen handelt, wird der Bauhof dort freimähen. Ansonsten werde ich die entsprechenden Eigentümer/innen bitten, freizumähen.

zu 10.2 Neuer Kreisverkehr in Huntlosen

Hinzugewähltes Mitglied Reise:

Der neue Kreisverkehr in Huntlosen wurde vom Bauhof sehr gut gestaltet. Ich rege an, die Bäume mit Pfählen zu sichern.

Protokollanmerkung:

Die Bäume wurden mit einer sogenannten „Unterflurverankerung“ gesetzt. Eine Pfahlsicherung ist dann nicht erforderlich.

zu 10.3 Jakobskreuzkraut

Hinzugewähltes Mitglied Reise:

Auf dem Wall am Neubaugebiet in Döhlen wächst Jakobskreuzkraut. Dieses sollte entfernt werden.

Bürgermeister Schmidke:

Der Bauhof wird sich das ansehen und einmal prüfen, was man dort tun kann.

zu 10.4 Brückentor Döhlen

Ratsherr Grallert:

Die Kommunale Alternative hatte einen Antrag zum Brückentor in Döhlen gestellt. Gibt es hier schon einen neuen Sachstand?

Erster Gemeinderat Bigalke:

Zu der Thematik ist eine Mitteilung im Verwaltungsausschuss erfolgt.

zu 10.5 Flutlicht im Hans-Jürgen-Beil-Stadion

Ratsherr Hibbeler:

Die Flutlichtanlage im Hans-Jürgen-Beil-Stadion in Ahlhorn ist noch nicht mit LED-Köpfen ausgestattet. Ist hier etwas in Planung?

Bürgermeister Schmidtke:

Nein, hier gibt es keine entsprechenden Planungen.

zu 10.6 Treppenlift im Dorfgemeinschaftshaus Ahlhorn

Hinzugewähltes Mitglied Niehsen:

Der Schlüssel für den Treppenlift im Dorfgemeinschaftshaus Ahlhorn wird bei der Hausmeisterin aufbewahrt. Ich rege an, diesen in der Bücherei aufzubewahren, da dies praktikabler ist.

Bürgermeister Schmidke:

Wir werden die Sache einmal prüfen. Gegebenenfalls wird der Schlüssel zukünftig in der Bücherei aufbewahrt.

zu 10.7 Filteranlagen in Schulen

Hinzugewähltes Mitglied Niehsen:

Ist geplant, Filteranlagen in die Schulen einzubauen?

Bürgermeister Schmidtke:

Nein, es gibt keine derartigen Planungen. Hier hat es unter anderem auch eine Abstimmung unter den kreisangehörigen Gemeinden gegeben. Es soll weiterhin das bewährte Lüftungskonzept angewandt werden. Auch ist die weitere Entwicklung der Pandemie nicht absehbar.

zu 10.8 Öffnungszeiten im Rathaus

Hinzugewähltes Mitglied Niehsen:

Wie sind die Öffnungszeiten und Terminvergaben im Rathaus geplant?

Bürgermeister Schmidtke:

Es soll weiterhin auch mit Terminvergabe gearbeitet werden. Allerdings ist geplant, hier die Taktung zu verändern. Grundsätzlich hat sich die Terminvergabe bewährt. Je nach weiterer Entwicklung in der Pandemie sollen aber auch wieder spontane Termine im Rathaus möglich sein.

zu 10.9 Gewerbliche Fläche an der Straße "Zum Westeresch" in Ahlhorn

Ratsherr Horstmann:

Ich rege an, die unbebaute gewerbliche Fläche an der Straße „Zum Westeresch“ in Ahlhorn einmal zu mähen.

Bürgermeister Schmidtke:

Die Fläche befindet sich im Privateigentum. Ich werde den Eigentümer auffordern, die Fläche zu mähen.

zu 10.10 Hecke an der G 213

Ratsherr Horstmann:

Eine Hecke an der G 213 wurde beschnitten. Die Arbeiten wurden meines Erachtens nicht fachgerecht ausgeführt.

Bürgermeister Schmidtke:

Die Angelegenheit wird geprüft.

zu 10.11 Beete an den Straßen "Sandhörn", "Am Gaswerk" und "Wildeshauser Straße"

Ratsherr Bilger:

Die Beete an den Straßen „Sandhörn“, „Am Gaswerk“ und der „Wildeshauser Straße“ sind in einem schlechten Pflegezustand. Ich bitte darum, hier einmal tätig zu werden. Meines Wissens werden diese Bereiche von einer Fremdfirma gepflegt.

Protokollanmerkung:

Die Beetpflege in den genannten Bereichen ist an eine Fremdfirma vergeben. Diese ist mit den beauftragten Arbeiten rund zwei Wochen in Verzug. Die Firma wurde eindringlich aufgefordert, ihren vertraglichen Verpflichtungen nachzukommen.

zu 10.12 Oberflächenentwässerung Ecke "Sandhörn"/"Kirchstraße"

Beigeordneter Bilger:

Im Bereich der Einmündung der Straße „Sandhörn“ in die „Kirchstraße“ gibt es Probleme mit der Oberflächenentwässerung. Hier müssten die Versickerungsbeete einmal hergerichtet werden.

Bauamtsleiter Schröder:

Wir werden uns darum kümmern.

zu 10.13 Fuß- und Radweg an der "Vechtaer Straße" in Ahlhorn

Hinzugewähltes Mitglied Hilsemer:

Wie mir bekannt wurde, plant das Niedersächsische Landesamt für Straßenbau und Verkehr Sanierungsarbeiten am Radweg an der „Vechtaer Straße“ in Ahlhorn.

Ende der Sitzung: 19:15 Uhr

gez. Torsten Deye
Vorsitz

gez. Thorsten Schmidtke
Bürgermeister

gez. Erhard Schröder
Protokollführung